

# „Gefährlicher Blindflug!“

*Bundestagsabgeordnete Nina Warken zeigt sich besorgt über Krankenhausreform der Ampelkoalition*

**Odenwald/Tauber.** (pm) Am vergangenen Donnerstag hat der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Ampelfraktionen das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) beschlossen. Für die CDU-Bundestagsabgeordnete

Nina Warken (Foto: Tobias Koch) ist diese Krankenhausreform „nichts anderes als ein gefährlicher Blindflug“. Sie moniert vor allem, dass kein Abgeordneter, der für dieses Gesetz gestimmt hat, konkret sagen könne, wie sie sich auf die Krankenhäuser in seinem Wahlkreis auswirken wird. Die Reform sei phasenweise komplett an den 16 Bundesländern und den Kommunen vorbei konzipiert worden, obwohl die Länder laut Grundgesetz für die Krankenhausplanung zu-

ständig sind, wirft die CDU-Politikerin der Regierung vor. „Uns als Opposition hat die Ampel in den entscheidenden Tagen der Beratungen wichtige Informationen zur Auswirkungsanalyse sogar absichtlich vorenthalten“, behauptet Warken. „Einem solchen Umgang im Parlament und mit den Ländern können wir als Union nicht zustimmen.“

Sie wünscht sich eine sinnvolle und am Bedarf vor Ort orientierte Krankenhausstrukturreform, die die Qualität und die Versorgung vor Ort verbessert, statt sie zu gefährden. „Für die in Wertheim geplante Nachnutzung und für die Sicherung der Klinikstandorte in der Region ist dieses Gesetz jedenfalls keine Hilfe, denn die jetzt von den Ampel-Fraktionen beschlossene Reform wird erst ab 2027 finanzielle Wirkungen entfalten“, warnt die Tauberbischofsheimerin. Bis dahin drohen ihr zufolge weitere Insolvenzen. Im gesamten Bundesland rech-

nen im aktuellen Jahr 85 Prozent aller Kliniken mit einem Defizit. „Insgesamt wird der Fehlbetrag nur in diesem Jahr mit rund 900 Millionen Euro prognostiziert“, berichtet Nina Warken.

Sie wirft der Bundesregierung vor, sich bei der Finanzierung einen schlanken Fuß zu machen: „Die Kosten sollen zur Hälfte die Länder und die Beitragszahler leisten, dadurch werden die Kassenfinanzen weiter belastet, neue substanzielle Beitragserhöhungen sind bereits angekündigt.“ Die bundesweiten Regelungen für angebotene Leistungen und Qualitätsvorgaben empfindet Warken als zu starr, um den regionalen Besonderheiten Rechnung zu tragen. Sie hätte sich mehr Flexibilität für die Länder gewünscht. Noch dazu schätzt sie die zusätzlichen Bürokratievorgaben als erheblich ein: „Sie werden Mehraufwand für das medizinische Personal zulasten der Zeit für die Patienten mit sich bringen.“

